

BFH – Anhängige Verfahren

AEUV Art 49:

Stiftung, Ausland, Niederlassungsfreiheit, Rechtsfähigkeit, Sitz, Gründung, Liechtenstein

Bundesfinanzhof Az: II R 41/25

1. Verliert eine im Ausland (hier: Fürstentum Liechtenstein) gegründete Stiftung durch Verlagerung des Verwaltungssitzes in das Inland ihre Rechtsfähigkeit?
2. Stellt die Anwendung der Sitztheorie einen nicht zu rechtfertigenden Eingriff in den Schutzbereich der Niederlassungsfreiheit dar, so dass die Rechtsfähigkeit einer im Ausland gegründeten Stiftung nach dem Recht des Gründungsstaates zu beurteilen ist (Gründungstheorie)?

AO § 162:

Schätzung, Buchführung, Kassenbuchführung

Bundesfinanzhof Az: X R 12/25

Sind Mängel bei Altkassen genauso mit hinreichender Begründungstiefe als "schwer" zu beurteilen wie bei Neukassen und nach dem Maß ihrer Bedeutung sowie der technischen und rechtlichen Entwicklung im Zeitablauf für den konkreten Einzelfall zu gewichten oder ergibt sich die Schätzungsbefugnis ausschließlich aus § 162 AO im Hinblick auf die Nicht-Möglichkeit einer Ermittlung der Besteuerungsgrundlagen?

Müssen zur Versagung der Beweiskraft der Buchführung gem. § 158 AO die einzelnen Mängel nachvollziehbar sachlich beurteilt und nach Maßgabe der Grundgesamtheit aller Bereiche der Aufzeichnungen gewichtet werden bzw. gibt es eine nachvollziehbare, theoretisch fundierte Methodik zur Gewichtung von Mängeln mit sachlichem Gewicht?

Kann bei Schätzungen mit Hebelwirkung auf eine Sensitivitätsanalyse verzichtet werden? Ist bei Schätzungen, insb. bei Dienstleistungsbetrieben, die Vervielfältiger-Methode auf der Basis geringfügiger Hilfsgüter als Bezugsgröße mit der Konsequenz von Aufschlägen von über 1.000 %, eine zulässige Schätzungsmethode?

Ist bei einer Schätzung die Informationsasymmetrie zwischen Steuerpflichtigem und Betriebsprüfung bezüglich der Beurteilung von Kassenmängeln hinzunehmen oder zu beseitigen?

Sind bei einer Schätzung wegen des Tatbestandsmerkmals "soweit" in § 162 Abs. 1 S. 1 AO die Schätzungsbereiche zu segmentieren?

Gibt es bei Verstoß gegen die gesetzliche Vorschrift des § 201 Abs. 1 S. 1 AO betreffend der Abhaltung einer Schlussbesprechung eine "Sanktion" gegenüber der Finanzbehörde?

AO § 180 Abs 5 Nr 1:

Gold, Ausländische Einkünfte, Gewinnermittlungsart, Wahlrecht, Buchführungspflicht

Bundesfinanzhof Az: I R 10/25

Besteht eine Buchführungspflicht im Sinne des § 4 Abs. 3 Satz 1 des Einkommensteuergesetzes (EStG) nach ausländischem Recht nur dann, wenn der Abschluss zwingend zum Schluss des Wirtschaftsjahrs im Sinne des § 4a Abs. 1 EStG aufzustellen ist, oder reicht die Pflicht zur Erstellung von Abschlüssen auf irgendeinen beliebigen Zeitpunkt?

AO § 180 Abs 5 Nr 1:

Gold, Steuerstundungsmodell, Ausländische Einkünfte, Negativer Progressionsvorbehalt

Bundesfinanzhof Az: I R 17/25

Ist die Würdigung des Finanzgerichts widersprüchlich, wenn es das Vorliegen eines Konzepts im Sinne des § 15b Abs. 2 Satz 2 des Einkommensteuergesetzes verneint, obwohl nach seinen eigenen Feststellungen im Streitfall im Wesentlichen auf ein vor der Investitionsentscheidung bereits entwickeltes Konzept zurückgegriffen und lediglich das Strukturpapier zur konkreten Umsetzung erst danach erstellt worden ist?

AO § 182 Abs 2 S 2:

Rechtsschutzbedürfnis, Grundsteuer, Rechtsnachfolge, Beschwer

Bundesfinanzhof Az: II R 34/25

Bedeutet die Formulierung des § 182 Abs. 2 Satz 2 AO, wonach die Rechtsnachfolge vor Ergehen des Feststellungsbescheid eingetreten ist, und nur dann zu einer Wirksamkeit des Bescheids gegenüber dem Rechtsnachfolger führt, wenn der Bescheid diesem bekanntgegeben wird, dass im Umkehrschluss der ursprüngliche Rechtsinhaber seine verfahrensrechtliche Position als formell beschwerter Steuerpflichtiger bei Eintritt der Rechtsnachfolge nicht verliert?

EGV 88/97:

Bewilligung, Erweiterung, Einfuhr

Bundesfinanzhof Az: VII R 18/25

Antidumpingzoll - Befreiung bestimmter Fahrradteile mit Ursprung in der Volksrepublik China:

1. Antrag auf rückwirkende Erweiterung der Bewilligung ohne Einschränkungen nach Art. 14 Buchst. a bis c der Verordnung (EG) Nr. 88/97 (ABIEG 1997, Nr. L 17, 17).
2. Begehren, die Einfuhr von 299 Stück eines bestimmten wesentlichen Fahrradteils je Kunde in einem Monat wieder zuzulassen.

Das Verfahren wird fortgesetzt, nachdem der EuGH mit Urteil vom 16.10.2025 - C-659/24 rechtskräftig entschieden hat.

EGV 883/2004 Art 68 Abs 2:

Kindergeld, Familienleistung, Ausland, Differenzkindergeld

Bundesfinanzhof Az: III R 10/25

Kann die Familienkasse verpflichtet werden, einer in Deutschland lebenden, nicht erwerbstätigen Mutter, das Kindergeld ohne Anrechnung britischer Familienleistungen endgültig festzusetzen, auch wenn nicht ausgeschlossen ist, dass ein Anspruch auf die vorrangig geltenden britischen Familienleistungen für denselben Zeitraum und dasselbe Kind besteht?

EnergieStG § 25 Abs 1 S 1 Nr 1:

Energiesteuer, Steuerbefreiung, Erlaubnis, Beförderungspapier, Steuertarif

Bundesfinanzhof Az: VII R 12/25

1. Verstößt die Versagung der Steuerbefreiung nach § 25 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 EnergieStG (allein) wegen des Fehlens der nach § 24 Abs. 2 Satz 2 und Abs. 4 EnergieStG erforderlichen Erlaubnis und der Beförderung ohne vereinfachtes Begleitdokument nach § 44 EnergieStV in der bis 12.02.2023 geltenden Fassung gegen den unionsrechtlichen Grundsatz der Verhältnismäßigkeit?
2. Zur Frage der Anwendung des Steuertarifs bei der gewerblichen nichtenergetischen Verwendung des Energieerzeugnisses im konkreten Fall.

ErbStG § 7 Abs 1 Nr 1:

Grundstück, Kaufpreis, Angemessenheit, Freigebige Zuwendung, Gemischte Schenkung
Bundesfinanzhof Az: II R 37/25

Gemischte Schenkung im Rahmen der Veräußerung einer Wohnimmobilie:

Sind für die Frage der Angemessenheit des unter dem festgestellten Grundstückswert liegenden Kaufpreises auch die im Rahmen der Rückvermietung des Objekts an die Veräußerin vereinbarte vergünstigte Mieta sowie das eingeräumte Vorkaufsrecht zu berücksichtigen?

Ist eine freigebige Zuwendung auch wegen der (subjektiven) Vorstellung der Vertragsparteien über die Ausgeglichenheit von Leistung und Gegenleistung zu verneinen?

EStG § 15:

Gewerbebetrieb, Vermietung, Stromlieferung, Einkunftsart, Nutzungsdauer, Blockheizkraftwerk

Bundesfinanzhof Az: X R 15/25

Einkommensteuerrechtliche Einordnung der aus einem Blockheizkraftwerk erzielten Erträge:

Hat der Kläger seine Tätigkeit der Stromproduktion und -verwertung mittels eines in seinem Mehrfamilienhaus verbauten Blockheizkraftwerks mit Gewinnerzielungsabsicht betrieben?

EStG § 17:

Veräußerung, Aktien, Wesentliche Beteiligung, Bewertung

Bundesfinanzhof Az: IX R 20/25

Berechnung des Veräußerungsgewinns nach § 17 des Einkommensteuergesetzes unter Berücksichtigung, dass bisherige Wertzuwächse aufgrund der Absenkung der Wesentlichkeitsgrenze von 25% auf 10% (dazu Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 07.07.2010 - 2 BvL 14/02, 2 BvL 2/04, 2 BvL 13/05, BVerfGE 127,1) bzw. auf 1% nicht unter die Besteuerung fallen.

Im konkreten Revisionsverfahren streitig: Bewertung der veräußerten Aktien zwecks des nicht unter die Besteuerung fallenden Teils anhand von durch eine Bank vermittelten Verkäufen innerhalb eines Jahres vor der Verkündung des Steuersenkungsgesetzes vom 23.10.2000 (BGBl I 2000, 1433) am 26.10.2000 mit dem die wesentliche Beteiligungsquote auf 1% herabgesetzt wurde.

EStG § 20 Abs 1 Nr 6:

Rückwirkung, Rente, Ertragsanteil, Verfassungsmäßigkeit, Vertrauensschutz

Bundesfinanzhof Az: VIII R 19/25

1. Sind Rentenzahlungen aus einem vor dem 01.01.2005 abgeschlossenen, begünstigten Versicherungsvertrag mit Kapitalwahlrecht auch nach der Änderung des § 52 Abs. 28 Satz 5 EStG durch das JStG 2004 insgesamt den Einkünften aus Kapitalvermögen im Sinne des § 20 Abs. 1 Nr. 6 EStG 2004 zuzuordnen und unter den Voraussetzungen des § 20 Abs. 1 Nr. 6 Satz 2 EStG 2004 steuerfrei, soweit die Summe der ausgezahlten Rentenbeträge das in der Ansparzeit angesammelte Kapitalguthaben einschließlich der Überschussanteile nicht übersteigt?
2. Ist die in der Regelung des § 52 Abs. 28 Satz 5 EStG enthaltene echte Rückwirkung verfassungswidrig?

EStG § 21 Abs 1 S 1 Nr 1:

Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung, Fremdvergleich

Bundesfinanzhof Az: IX R 24/25

Zur Bestimmung des Umfangs des Fremdvergleichs, insbesondere bei Mietverträgen ohne ausdrückliche Regelungen zu Zahlungsmodalitäten, Kündigungsrechten oder Mietsicherheiten.

EStG § 23 Abs 1 S 1 Nr 1:

Veräußerung, Privates Veräußerungsgeschäft, Gesamthandseigentum, Anwachsung, Ausscheiden

Bundesfinanzhof Az: IX R 22/25

Ist die infolge des Ausscheidens eines Gesellschafters aus einer GbR gegen Abfindung bei den verbleibenden Gesellschaftern stattfindende Anwachsung des Anteils des Ausgeschiedenen (§ 712 Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs --BGB--) eine entgeltliche "Anschaffung" einer Beteiligung im Sinne von § 23 Abs. 1 Satz 4 des Einkommensteuergesetzes durch die verbleibenden Gesellschafter, obwohl die Abfindung nicht von diesen, sondern von der Gesellschaft geschuldet wird und die Anwachsung nicht zum Erwerb weiterer Anteile, sondern lediglich zu einer Veränderung der rechnerischen Quote der Beteiligung am Gesellschaftsvermögen bei den verbleibenden Gesellschaftern führt?

Bei Bejahung der Frage:

Ist der in der Anwachsung liegende Anschaffungsvorgang bereits mit Abschluss des Gesellschaftsvertrags tatbestandlich soweit vollendet, dass die Parteien daran im Sinne einer aufschiebenden Bedingung gemäß § 158 Abs. 1 BGB gebunden sind, das Rechtsgeschäft also als voll gültig zu behandeln ist? Gilt das auch dann, wenn den verbleibenden Gesellschaftern im Gesellschaftsvertrag die Möglichkeit eingeräumt ist, eine anderweitige Regelung zu treffen?

EStG § 3 Nr 72:

Steuerbefreiung, Photovoltaik, Rückwirkung, Verfassung

Bundesfinanzhof Az: XR 17/25

Rückwirkende Einführung einer Steuerbefreiung für Einkünfte aus bestimmten Photovoltaikanlagen nach § 3 Nr. 72 EStG:

Verstößt die mit dem JStG 2022 rückwirkend eingeführte Steuerbefreiung von Einnahmen aus dem Betrieb von bestimmten Photovoltaikanlagen ab dem 01.01.2022 und die damit einhergehende Nichtberücksichtigung von Verlusten nach § 3c Abs. 1 EStG gegen das Rückwirkungsverbot?

EStG § 32 Abs 4 S 1 Nr 3:

Kindergeld, Behinderung, Fahrtkosten, Pauschale

Bundesfinanzhof Az: III R 7/25

Aufhebung einer Kindergeldfestsetzung:

Ergibt sich aus der Formulierung des A 19.4 Abs. 5 Satz 7 und 8 DA-KG 2023 in Verbindung mit dem Vorwort der DA-KG auch für Zeiträume vor 2021 eine – von der Verwaltung nicht beabsichtigte – pauschale Anerkennung von Fahrtkosten in Höhe von 4.500€/Jahr, die nach dem Gesichtspunkt der Selbstbindung der Verwaltung von den Finanzgerichten gem. Art. 3 Abs. 1 GG zu beachten wäre?

EStG § 4 Abs 5 S 1 Nr 6:

Betriebsstätte, Erste Tätigkeitsstätte, Fahrten Betriebsstätte-Betriebsstätte, Fahrtenbuch

Bundesfinanzhof Az: III R 18/25

Ob und welche Bedeutung kommt dem durch das Gesetz zur Änderung und Vereinfachung der Unternehmensbesteuerung und des steuerlichen Reisekostenrechts vom 20.2.2013 (BGBl I 2013, 285) eingeführten Begriff der "ersten Tätigkeitsstätte" in § 9 Abs. 1 Satz 3 Nr. 4 Satz 1, Abs. 4 Satz 1 EStG und den damit in Zusammenhang stehenden Regelungen (vgl. § 9 Abs. 4 Satz 2 ff. EStG) für die Auslegung des Begriffs der Betriebsstätte im Sinne von § 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 6 EStG zu?

EStG § 50d Abs 8:

Besteuerungsrecht, Rückfallklausel, Freistellung, Nachweis, Grundfreibetrag

Bundesfinanzhof Az: I R 26/25

Anforderungen an die Nachweispflicht des § 50d Abs. 8 EStG und Voraussetzungen des § 50d Abs. 9 EStG

1. Kann vom Steuerpflichtigen kein zusätzlicher Nachweis angefordert werden, wenn sich die Nichtbesteuerung bereits unmittelbar aus dem Gesetz des anderen Staates ergibt?
2. Ist § 50d Abs. 9 Satz 1 Nr. 2 EStG nicht anzuwenden, wenn die Nichtbesteuerung im anderen Staat darauf beruht, dass der andere Staat die Einkünfte allgemein nicht besteuert? Gilt dies insbesondere dann, wenn die Einkünfte des Steuerpflichtigen im anderen Staat unterhalb der Grenze liegen, bei der im anderen Staat die Steuerpflicht beginnt?
3. Das Verfahren I R 30/17 wurde durch Beschluss vom 27.01.2021 bis zum Abschluss des beim BVerfG anhängigen Verfahrens 2 BvL 21/14 ausgesetzt.

EStG § 50d Abs 9 S 1 Nr 2:

Doppelbesteuerung, Arbeitslohn, Pilot, Progressionsvorbehalt

Bundesfinanzhof Az: I R 25/25

1. Ist der Arbeitslohn, den der im Inland ansässige Kläger, der als Pilot im internationalen Luftverkehr für eine in Irland ansässige Fluggesellschaft tätig ist, bezogen hat, in Deutschland zu besteuern? Anwendung der Rückfallklausel des § 50d Abs. 9 S. 1 Nr. 2

EStG?

2. Das Verfahren ist durch Beschluss vom 20.8.2013 ausgesetzt und dem BVerfG (dortiges Az.: 2 BvL 21/14) gemäß Art. 100 Abs. 1 GG vorgelegt worden.

EStG § 50d Abs 9:

Doppelbesteuerung, Besteuerungsrecht, Seeschiff, Geschäftsleitung, Zypern

Bundesfinanzhof Az: I R 27/25

Einkünfte eines unbeschränkt Steuerpflichtigen aus der nichtselbständigen Tätigkeit an Bord eines zypriotischen Seeschiffes

1. Steht nach der Regelung in Art. 14 Abs. 4 des ab 2012 geltenden DBA-Zypern, welche durch die Protokollerklärungen konkretisiert wurde, allein Zypern das Besteuerungsrecht zu, wenn sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens, also des Arbeitgebers, auf Zypern befindet? Ist es nicht erforderlich, dass das Unternehmen selbst internationalen See- oder Luftverkehr betreibt? Legt das BMF-Schreiben vom 03.05.2018 (BStBl I 2018, 643, Tz. 8.2.5), wonach Arbeitgeber i.S. des Art. 14 DBA-Zypern nur derjenige sein kann, der eigenständig den Schiffsverkehr betreibt, das DBA-Zypern unzutreffend aus?

2. Liegen die Voraussetzungen des § 50d Abs. 9 Satz 1 Nr. 2 EStG vor, wenn in den Fällen, in denen das Schiff, auf dem der Steuerpflichtige beschäftigt ist, nicht auf Zypern registriert ist, eine Besteuerung auf Zypern nur dann durchgeführt wird, wenn ein Wohnsitz oder ständiger Aufenthalt auf Zypern vorliegt?

3. Das Verfahren I R 28/19 wurde durch Beschluss vom 12.04.2022 bis zum Abschluss des beim BVerfG anhängigen Verfahrens 2 BvL 21/14 ausgesetzt.

EStG § 6 Abs 1 Nr 2 S 2:

Investmentfonds, Teilwertabschreibung

Bundesfinanzhof Az: IX R 10/25

Streitig sind Teilwertabschreibungen auf Investment-Sondervermögen.

Verfahrenshinweis: Die revisionsführende Klägerin wurde auf die verfristete vorgelegte Revisionsbegründung hingewiesen.

EStG § 6 Abs 3 S 1:

Mitunternehmer, Anteilsübertragung, Unentgeltliche Übertragung, Stille Reserven, Buchwertfortführung, Gleichheit

Bundesfinanzhof Az: IV R 13/25

Führt die unentgeltliche Übertragung eines Teil-Mitunternehmeranteils auf eine nicht natürliche Person (im Streitfall eine Stiftung) zur Aufdeckung der stillen Reserven? Verstößt bejahendenfalls die ungleiche Behandlung von Übertragungen auf natürliche Personen einerseits und auf nicht natürliche Personen andererseits gegen den allgemeinen Gleichheitssatz?

EStG § 62 Abs 2 Nr 2 Buchst b:

Kindergeld, Freizügigkeit, Verfassung, Gleichheit

Bundesfinanzhof Az: III R 1/25

Verstößt die Regelung des § 62 Abs. 2 Nr. 2 Buchst. b EStG im Zusammenhang mit dem Kindergeldanspruch eines nicht freizügigkeitsberechtigten Ausländers gegen das Gleichheitsgebot des Art. 3 GG und ist daher verfassungswidrig?

EStG § 70 Abs 2:

Entsendung, Familienleistung, Kindergeld

Bundesfinanzhof Az: III R 22/25

Finden in Entsendungsfällen die Antikumulierungsvorschriften der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 überhaupt Anwendung und falls ja, was löst die Ansprüche im Sinne von Art. 68 der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 aus?

EStG § 77:

Kostenerstattung, Rückforderung, Familienkasse

Bundesfinanzhof Az: III R 23/25

Ist die Familienkasse auch dann zur Erstattung von Kosten im Vorverfahren (vgl. § 77 EStG) verpflichtet, wenn die Kosten in einem Einspruchsverfahren gegen Ablehnung der AdV eines Bescheids entstanden sind, mit dem eine Kindergeldfestsetzung aufgehoben und gezahltes Kindergeld zurückgefordert wurde, und der Einspruch im AdV-Verfahren erfolgreich war?

EStG § 9 Abs 1 S 3 Nr 4a:

Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte, Entfernungspauschale, Fahrtkosten, Bundesreisekostengesetz

Bundesfinanzhof Az: VI R 17/25

Begehren einer Flugbegleiterin, die Fahrten zu dem ihr vom Arbeitgeber zugewiesenen Stationierungsflughafen und damit im Zusammenhang stehende Verpflegungsmehraufwendungen nach Dienstreisegrundsätzen als Werbungskosten zu berücksichtigen.

Verfahrenshinweis: Die Revisionseinlegung erfolgte nach Ablauf der Revisionseinlegungsfrist (§ 120 Abs. 1 Satz 1 der Finanzgerichtsordnung), ein Wiedereinsetzungsantrag wurde gestellt.

FGO § 52a Abs 3 S 1 Alt 1:

Elektronische Signatur, Elektronische Übermittlung, Wirksamkeit, Vollmacht

Bundesfinanzhof Az: VIII R 11/25

Liegt eine wirksame Einreichung elektronischer Dokumente vor, wenn es an der Identität von signierender und übermittelnder Person fehlt, aber eine Bevollmächtigung zur Übermittlung beigelegt wurde?

GrEStG § 1 Abs 1 Nr 1:

Einheitliches Vertragswerk, Grundstück, Bebauung, Aufteilung, Wohnungseigentum, Personengesellschaft

Bundesfinanzhof Az: II R 35/25

Waren im Streitfall die Gründung einer KG, die ein Grundstück erwerben, in Wohnungseigentum teilen und mit einem Mehrfamilienhaus bebauen sollte, der Bauerrichtungsvertrag und die Auflösung der KG nach Fertigstellung mit Übertragung der Eigentumswohnungen auf die einzelnen Kommanditisten Bestandteile eines einheitlichen Vertragswerks, so dass steuerbare Erwerbe der zugeteilten Wohnungen durch die Kommanditisten vorlagen und Steuerbefreiungen nach § 6 Abs. 2 oder § 7 Abs. 2 GrEStG nicht zu gewähren waren?

KStG § 8b Abs 3 S 4:

Gesellschafterdarlehen, Fremdwährungsdarlehen, Ausland, Konzern, Fremdvergleich, Währungsverlust, Verdeckte Gewinnausschüttung

Bundesfinanzhof Az: I R 6/25

Unbesicherte Gesellschafterdarlehen in Schweizer Franken an eine Schweizer Tochterkapitalgesellschaft und Refinanzierung durch eine inländische Schwestergesellschaft: Liegt hinsichtlich der vertraglich nicht vorgesehenen Teilrückzahlung eines Gesellschafterdarlehens eine verdeckte Gewinnausschüttung vor?

Ist für den Gegenbeweis des § 8b Abs. 3 Satz 6 des Körperschaftsteuergesetzes a.F. ein konkretes Vergleichsangebot eines Kreditinstituts erforderlich, oder kann eine im nachhinein erstellte Kreditwürdigkeitsanalyse ausreichen? Welche Anforderungen müssten in diesem Fall an eine solche Kreditwürdigkeitsanalyse gestellt werden?

KStG § 8b Abs 7 S 2:

Wertpapierleihe, Finanzunternehmen, Eigenhandel, Stillhalter

Bundesfinanzhof Az: I R 4/25

Kann eine Eigenhandelsabsicht beim Abschluss von Stillhaltergeschäften bestehen?

TabStG § 1 Abs 1 S 1:

Tabaksteuer, Ware, Steuergegenstand

Bundesfinanzhof Az: VII R 11/25

Tabaksteuer - Zur Frage, ob reines Glycerin und reine Aromastoffe "Substitute für Tabakwaren" darstellen, welche gemäß § 1 Abs. 2c Satz 1 TabStG in der bis 12.02.2023 geltenden Fassung "zum Konsum eines mittels eines Geräts erzeugten Aerosols oder Dampfes geeignet sind".

UmwStG § 3 Abs 2 S 1:

Formwechsel, Buchwertfortführung, Bemessungsgrundlage, Absetzung für Abnutzung, Betriebsvermögen, Gesellschafter

Bundesfinanzhof Az: IX R 15/25

Formwechsel von der Rechtsform einer Kapitalgesellschaft (hier: GmbH) auf eine (vermögensverwaltende) Personengesellschaft (hier: KG) - Zur Frage der Buchwertfortführung nach § 3 Abs. 2 Satz 1 des Umwandlungssteuergesetzes, wenn die gemeinen Werte die Buchwerte unterschreiten und die übergehenden Wirtschaftsgüter nicht im Betriebsvermögen der Personengesellschaft (da vermögensverwaltend), aber aufgrund der Firmenbeteiligung in der höheren Beteiligungsstufe im Betriebsvermögen der Gesellschafter verbleiben?

UStG § 1 Abs 1 Nr 1 S 1:

Spende, Freiwillige Leistung, Internet-Blog, Unmittelbarer Zusammenhang, Umsatzsteuerpflicht

Bundesfinanzhof Az: VR 10/25

Stehen Zahlungen, die Besucher einer Website freiwillig an den Betreiber dieser Website leisten, in einem unmittelbaren Zusammenhang mit einer sonstigen Leistung des Betreibers der Website, wenn dieser dort einen kostenlos zu nutzenden Inhalt bereitstellt und über diese Website zur Finanzierung dieses Inhalts die Besucher der Website zu freiwilligen Zahlungen aufruft?